

Beschluss

Feministische Außenpolitik und menschliche Sicherheit

Antragsteller*in: Ursula Hertel-Lenz

Tagesordnungspunkt: 5 TOP 5: Diskussion und Abstimmung über Anträge inkl. Änderungsanträge

Antragstext

1 Der völkerrechtswidrige russische Angriff auf die Ukraine und der brutale Krieg
2 gegen die ukrainische Zivilbevölkerung machen das Konzept der Bundesregierung,
3 eine feministische Außenpolitik zu verfolgen, keineswegs unbrauchbar. Der Krieg
4 demonstriert vielmehr die Notwendigkeit feministischer Analysen, die seit
5 einigen Jahren vor Machtkonsolidierung des Putinregimes durch Militarismus und
6 Anti-Gender-Politik und damit verbundenen Gefahren gewarnt haben.

7
8 Feministische Außenpolitik erfordert unter anderem, dass
9 Geschlechterperspektiven in unsere Reaktionen auf den Krieg, zum Beispiel in der
10 humanitären Hilfe, integriert werden. Bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden,
11 müssen die Folgen für die Menschen mitgedacht werden – ob in der Ukraine, in
12 Russland oder anderswo. Das heißt zum Beispiel, Wirtschaftssanktionen möglichst
13 zielgerichtet gegen die russische Machtelite einzusetzen. Die Forderungen
14 feministischer Außenpolitik nach einem Leben in Freiheit und Würde knüpfen an
15 den erweiterten Sicherheitsbegriff der Vereinten Nationen an.

16 Der mutige Widerstand der Ukrainer*innen gegen die russische Invasion, für
17 Frieden und Freiheit, muss unterstützt werden, wo immer es möglich erscheint.
18 Die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen und der Verstöße gegen das
19 Völkerrecht muss vorgenommen und mit den nötigen Ressourcen und Kapazitäten
20 ausgestattet werden. Humanitäre Hilfe, Schutz für alle Menschen, die vor dem
21 Krieg fliehen müssen, und das Einhalten von Asyl- und Menschenrechten an den EU-
22 Grenzen sollten selbstverständlich sein.

23 Deutschland, die EU und die internationale Gemeinschaft müssen alles in ihrer
24 Macht Stehende tun, um zur Beendigung dieses völkerrechtswidrigen und
25 verbrecherischen Krieges gegen die Ukraine beizutragen. Eine weitere Eskalation
26 und immer weitere Zerstörungen müssen verhindert werden.

27 Es ist sehr schwierig, den humanen Wunsch, weitere russische Angriffe zu
28 stoppen, gegen die Risiken eines noch größeren Krieges, einschließlich der
29 Möglichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen, abzuwägen. Rufe nach einer
30 Flugverbotszone über der Ukraine sind zwar nachvollziehbar, aber eine
31 Flugverbotszone verbietet sich - ebenso wie ein Nato-Einsatz in der Ukraine
32 insgesamt - wegen des damit verbundenen erheblichen Eskalationspotenzials.
33 Unabhängig davon steigt auch die Gefahr, dass Putin Atomwaffen einsetzt, je
34 länger der Krieg dauert und je stärker der ökonomische Druck durch die
35 Sanktionen auf Russland wird.

36 Es ist also dringend notwendig, diplomatische Lösungen durch Verhandlungen zu
37 finden. Auch aufgrund der Geschichte Deutschlands als Aggressorstaat muss

38 hierbei für uns an erster Stelle stehen, die Interessen der angegriffenen
39 Ukraine zu achten und mit ihr solidarisch zu sein. Wir sollten die ukrainische
40 Regierung dabei unterstützen, einen Frieden zu schließen, der den
41 Sicherheitsbedürfnissen der Ukraine Rechnung trägt, ihre staatliche Souveränität
42 sicherstellt und vor allem das Leben und die Freiheit ihrer Bürger*innen
43 schützt. Teil einer möglichen Exitstrategie aus dem Krieg könnte es sein, Putin
44 im Gegenzug für einen sofortigen Waffenstillstand und einen vollständigen
45 Truppenrückzug vom gesamten ukrainischen Territorium eine weitgehende Aufhebung
46 der Wirtschafts- und Finanzsanktionen in Aussicht zu stellen. Gleichzeitig
47 müsste die Russische Föderation die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine
48 tragen.

49 Beziehungen mit zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen
50 Einrichtungen in Russland, die nicht dem Kreml zuarbeiten, sollten möglichst
51 aufrechterhalten werden. Gerade auch feministische Aktivist*innen, die sich
52 gegen den Krieg ausgesprochen haben, sollten unterstützt werden, im Exil sowie
53 nach Möglichkeit in Russland.

54 Die internationale Gemeinschaft hat sich mit der Resolution der
55 Generalversammlung vom 2. März 2022 klar hinter die Ukraine gestellt. Russland
56 wird aufgefordert, unverzüglich die Kampfhandlungen auf ukrainischem
57 Staatsgebiet einzustellen und seine Streitkräfte abzuziehen. In
58 Folgeresolutionen könnte die Generalversammlung nichtmilitärische
59 Zwangsmaßnahmen wie den Abbruch diplomatischer Beziehungen oder einheitliche
60 ökonomische Sanktionen empfehlen. Friedenspolitische Instrumente der VN wie
61 Sondergesandte mit einem Vermittlungsauftrag oder Blauhelmtuppen könnten
62 infolge von Verhandlungen zum Einsatz kommen.

63 Feministische Außenpolitik ist kein realitätsfernes Konzept, im Gegenteil. Nur
64 mit einem erweiterten Begriff von Sicherheit lassen sich die globalen
65 Herausforderungen angemessen erfassen. Ein sicherheitspolitischer Diskurs, der
66 militärischer Logik verhaftet bleibt, bietet weder eine umfassende Antwort auf
67 die jetzigen noch auf zukünftige Herausforderungen. Die Rhetorik eines neuen
68 Kalten Krieges wird uns einer nachhaltigen europäischen Friedensordnung nicht
69 näherbringen.

70 Bei der Beschlussfassung am 02.04.2022 waren folgende Delegationen anwesend:

- 71 • Fraktion Europaparlament
- 72 • Fraktion Bayerischer Landtag
- 73 • Landesverband Baden-Württemberg
- 74 • Landesverband Bayern
- 75 • Landesverband Berlin
- 76 • Landesverband Bremen
- 77 • Landesverband Hamburg
- 78 • Landesverband Hessen
- 79 • Landesverband Niedersachsen
- 80 • Landesverband Nordrhein-Westfalen

- 81 • Landesverband Rheinland-Pfalz
- 82 • Landesverband Sachsen
- 83 • Landesverband Sachsen-Anhalt
- 84 • Landesverband Schleswig-Holstein